



Flucht: Forschung und Transfer

Dokumentation

**Transfer Workshop:
Arbeitsmarkt – Hochschulbildung – Zivilgesellschaft
Integration in kommunaler Perspektive**

Themenfeld Hochschulbildung

Freitag, 10. November 2017 in Berlin

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

BIM

Berliner Institut für empirische
Integrations- und Migrationsforschung

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

1. Anlass und Ziel des Workshops

Die gestiegene Zuwanderung Geflüchteter in Deutschland fordert Hochschulen heraus, einer neuen Zielgruppe die Teilhabe an der Hochschulbildung zu ermöglichen. In den vergangenen zwei Jahren wurden mit Unterstützung politischer Akteure und durch Förderorganisationen Programme an Hochschulen eingerichtet, um Geflüchteten einen Studienzugang zu ermöglichen. Im öffentlichen Diskurs werden Geflüchtete positiv als Chance und negativ als Gefahr inszeniert - Chance im Sinne einer Lösung für das demografische Problem und Ausgleich des Fachkräftemangels, Gefahr im Sinne einer kulturellen Überfremdung und Ausbeutung der Sozialsysteme. Das Thema Geflüchtete und Hochschulzugang lässt sich nicht auf zwei Extreme reduzieren - diese Komplexität zeigte sich im Rahmen des Transfer Workshops am 10. November 2017, in dem Akteure aus der kommunalen Praxis, Wissenschaft und Hochschulen intensiv über Herausforderungen und Chancen diskutierten.



2. Erfahrungsaustausch zu Geflüchteten und Hochschulbildung

Die Diskussion zu Geflüchteten und Hochschulbildung war durchzogen von der Frage nach Teilhabechancen sowie Einschränkungen geflüchteter Studieninteressierter und Studierender. Die DiskussionsteilnehmerInnen berichteten einerseits, welche Herausforderungen und Problemlagen sich auf der individuellen und strukturellen Ebene beim Hochschulzugang von Geflüchteten ergeben, und erörterten andererseits schon bestehende und denkbare Lösungsansätze.

Eine zentrale Herausforderung ist die Kontaktaufnahme von Geflüchteten mit Hochschulen und das Wissen über den Hochschulzugang für Geflüchtete. Es fand eine rege Diskussion zu der Frage statt „Wie erfahren geflüchtete Studieninteressierte überhaupt von den Möglichkeiten der Beratung, und wie kann ein ineinandergreifender transparenter Informationsfluss entstehen?“ Es fehlt an konkreten Angeboten, z.B. spezifisch auf Geflüchtete ausgerichteten Beratungsstrukturen, die Orientierung und Informationen zur Hochschulbildung/-zugang geben. Eine weitere Baustelle sind mangelnde „Verweis-Strukturen“. Die Jobcenter geben wenige Informationen über Hochschulbildung und arbeiten sogar zum Teil kontraproduktiv, indem sie tendenziell in Arbeit oder Ausbildung vermitteln. An dieser Stelle ist ein Umdenken anzuregen, schließlich kann die Vermittlung ins Studium auch einen Erfolg bedeuten. Damit die Akteure besser zusammen agieren, müssen die Verbindungen zwischen dem Arbeitsmarkt und den Hochschulen ausgebaut werden.

Ein weiterer Diskussionsgegenstand war die Frage nach der Anerkennung von Studienleistungen. Die DiskussionsteilnehmerInnen konstatierten, dass sie bislang noch keine Antwort haben, wie ein Anerkennungsprozess früher erworbener Qualifikationen/Leistungen effizienter und leichter verständlich gestaltet werden kann. Ein Aushandeln des Anerkennungsprozesses ist schon in Deutschland schwierig. Die Hochschullandschaft ist diversifiziert und kann nicht über die Leistungssysteme in aller Welt Bescheid wissen. Umso wichtiger ist es, Ressourcen zu bündeln, sich zu vernetzen und in Austausch zu treten: Hochschulen und Fakultäten könnten Regelungen und Verfahren zur Vereinfachung der Aner-



kennung schaffen. Im Gespräch entstand auch die Idee, gemeinsame Übersetzungen der Modulhandbücher aus den Herkunftsländern Geflüchteter anzufertigen. Die ZAB wiederum könnte die Daten sammeln und verbreiten, was das Anerkennungsverfahren beschleunigen könnte. Bei den Übersetzungsarbeiten könnten geflüchtete Experten einbezogen werden.

An die Anerkennungsthematik anknüpfend, kam die Frage auf, in wie fern ein Studienangebot explizit für Geflüchtete sinnvoll wäre. Geschildert wurde eine visionäre Idee von einem globalen Studiengang. Studienangebote einer solchen „Weltuniversität“ würden entsprechend der Situation von Geflüchteten und gegen den Verlust von Lebenszeit kanalisiert werden. Dieses Angebot muss im Kontext von langen Fluchtwegen und einer gestiegenen Mobilität gedacht werden und könnte auch für andere Zielgruppen interessant sein. Die Diskussion ergab, dass ein globaler Studiengang aus der Perspektive eines Individuums positive Effekte hätte, aus der Perspektive von Aufnahmeländern jedoch problematisch wäre. Zum einen steht die Idee im Widerspruch zu einer langfristigen Integration. Zum anderen stehen dieser Idee die Anerkennungsmechanismen formaler & non-formaler Qualifikationen im Wege. Schließlich werden Arbeitsrechte immer

in einem nationalen oder supranationalen Rahmen verliehen. Nichtsdestotrotz ist es eine Idee, die weitergedacht werden sollte, da sie Potential und Lösungsansätze bietet. Strukturen sind nicht festgeschrieben und es bestehen auch Verhandlungsspielräume, wie z.B. die Öffnung des Lehrer-Arbeitsmarktes für Quereinsteiger beweist. Geflüchtete Studierende und Studieninteressierte bringen fluchtbedingt andere und neue Bedarfe mit. Um diese angemessen zu erfassen, werden Informationen zu Studieninteressen und statusbezogenen Merkmalen benötigt. Die Vertreterin des DAAD konnte Auskunft geben, dass der Fokus bei den Studieninteressen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen sowie Medizin liegt. Die Verteilung ist auf den höheren Status dieser Fächer in den Herkunftsländern zurückzuführen. Außer in Studiums-Vorbereitungskursen, erheben Hochschulen den Status der Geflüchteten nicht. Zwar verfolgen einige Hochschulen, was mit ihren eingeschriebenen geflüchteten Studierenden aus den Vorbereitungskursen passiert, diesen Datenzugängen stehen jedoch strenge datenschutzrechtliche Bestimmungen entgegen.

Die DiskussionsteilnehmerInnen tauschten sich über weitere Handlungsfelder und zukünftige Bedarfe an den Hochschulen aus. Zum einen wurden Formen der akademischen Nachqualifizierung diskutiert. Diese kann z.B. in Form von Brückenkursen oder eines verkürzten deutschen Studienganges, der die Anerkennungswürdigkeit des Studiums unterstreicht, ausgestaltet werden. An dieser Stelle stießen die TeilnehmerInnen auf Finanzierungsprobleme, die sich ergeben können, und machten darauf aufmerksam, dass bei der Schaffung solcher Programmlösungen immer mitgedacht werden müssen. Besonders starke Bedarfe zeichnen sich in dem Bereich Sprache sowie Begleitung und Beratung der Geflüchteten ab. Das Angebot der universitären Sprachkurse deckt die Nachfrage nicht ab. Momentan scheitert es eher an Ressourcen als den zur Verfügung stehenden Geldern. Strukturelle Probleme wie der leergefegte Arbeitsmarkt für DeutschlehrerInnen und die Befristungspraxis von Honorarkräften fordern Lösungen. Im Hinblick auf den Bedarf der Beratung und Begleitung weist die Zielgruppe der Geflüchteten einerseits spezifische Bedarfe auf, andererseits lassen sich auch Beratungs-/Unterstützungssysteme aus-

machen, die für alle Studierenden von Relevanz sind, wie z.B. eine Orientierung im Hochschulsystem. Auch für die hochschulinterne Vernetzung und übergreifende Vernetzung zwischen den verschiedenen Beratungs- sowie Unterstützungssystemen werden Ressourcen benötigt.

Weiter wurde über Vor- und Nachteile, die der Status von Geflüchteten an der Hochschule mitbringt, diskutiert. Während der Studienvorbereitung oder im Gaststudium werden sie als Gasthörende gezählt und sind noch nicht immatrikuliert. Von einer Immatrikulation zu diesem Zeitpunkt wurde abgeraten, da mit dem Studentenstatus keine Sozialleistungen mehr bezogen werden können und die Bafög-Laufzeit dann mitten im Studium enden würde. Außerdem wird der Studierendenstatus in den Vorkursen nicht benötigt und CPs können schon im Vorstudium gesammelt und nachträglich im regulären Studium anerkannt werden. Hier stießen die DiskussionsteilnehmerInnen erneut auf das Problemfeld der Finanzierung, nämlich die Unterhaltssicherung im Vorstudium und Studium. Aufgrund von anderen psychosozialen Belastungsfaktoren meistern Geflüchtete ein Studium nicht zwingend in der Regelstudienzeit. Zudem kann das Problem auftreten, dass bei vorherigem Studium im Herkunftsland das Studium in Deutschland als ein

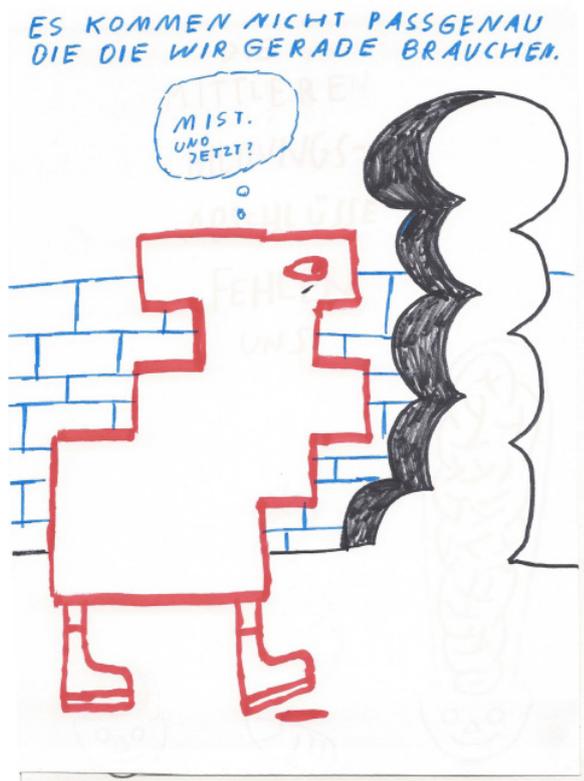
Zweitstudium gewertet wird. Aus solchen Fällen ergibt sich die Notwendigkeit, über die Anpassung und Neugestaltung der Bafög-Laufzeit nachzudenken, wobei eine mögliche Bildungsinländerbenachteiligung berücksichtigt werden sollte. Abschließend wurde auch über die Rolle der Hochschule als einen „Ort der Begegnung“ und ihre integrationspolitische Funktion diskutiert. Es wurden Möglichkeiten und Grenzen ausgemacht und in diesem Zusammenhang wurde der Begriff der „third mission“ genauer betrachtet.

3. Diskussion von politischen Handlungsempfehlungen

Der Workshop brachte eine große Anzahl möglicher Handlungsempfehlungen im Kontext der Hochschulbildung von Geflüchteten hervor. Die Workshop-TeilnehmerInnen waren sich einig, dass der problematische Zugang zu Daten über die Situation von Geflüchteten an der Hochschule am effektivsten durch den Appell, vorhandene Datenbestände zu öffnen und die Betonung, dass Forschung ohne entsprechende Datenlagen nicht repräsentativ ist, gelöst werden könne. Einerseits ist die Forschung zu spezifischen Bedarfen Geflüchteter oder der Erklärung von Studienverhalten wie Abbruch sowohl für Geflüchtete selber als auch für die Hochschulen von großem Nutzen. Andererseits sollte mitgedacht und reflektiert werden, dass eine Erhebung bestimmter Daten zu einem Gefühl der Diskriminierung führen könne. Darüber hinaus ergaben sich im Austausch neue Möglichkeiten der Generierung von Daten und Zugängen zu Daten.

Die Einbindung Geflüchteter in Forschung solle in den verschiedenen Stadien eines Forschungsprozesses erfolgen. Welche TeilnehmerInnen genau einbezogen werden, sei abhängig vom Forschungsdesign, d.h. was soll herausgefunden werden, und wofür wird die Unterstützung gebraucht. Bei einer Evaluierung jeder Art von Programmen sei darauf zu achten, dass auch jene berücksichtigt werden, die noch nicht Zugang zum Programm haben. Insgesamt sollte versucht werden, Bedarfe unabhängiger von den Programmen zu betrachten.





Die interkulturelle Öffnung der Hochschule, Politik und der Bafög-Ämter müsse weiter vorangetrieben und gefordert werden. Hochschulen sollten Antidiskriminierungsbestrebungen im gesellschaftlichen Umfeld umsetzen; grundsätzlich braucht es aber verankerte institutionelle Strukturen, die eine interkulturelle Sensibilisierung vorantreiben und zu einem festen Bestandteil der Hochschule werden. Damit einhergehend ist unbedingt auf die negativen Konsequenzen von kurzfristig angelegten Programmen oder Arbeitsverhältnissen im Bereich Flucht/Migration hinzuweisen. Generell gilt es, die Bedeutung von Langfristigkeit und einer strukturellen und institutionellen Aufstellung zu betonen.

Bezüglich der fluchtbedingten unterschiedlichen Bildungsverläufe wurden die Hochschulen aufgefordert, diese in der Planung von Angeboten zu berücksichtigen. Universitäre Strukturen und Systeme müssen sich an die Bedarfe von Geflüchteten anpassen, wie z.B. eine Finanzierung durch eine verlängerte Bafög-Laufzeit oder Möglichkeiten der Nachqualifizierung und Anerkennung von im Herkunftsland absolvierten Studienleistungen.

4. AutorInnen und TeilnehmerInnen

Grundlage der Diskussion waren ein Arbeitspapier zum Stand der Forschung sowie ein Thesepapier mit Handlungsempfehlungen für Politik, Hochschulen und Kommunen von Prof. Dr. Julia von Blumenthal sowie den Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Laura Lambert und Steffen Beigang vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. Frau von Blumenthal ist Dekanin der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät und Mitglied im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der HU. Die fachliche Betreuung hatte PD Dr. Elke Grawert, Senior Researcher am Bonn International Center for Conversion (BICC).

Teilnehmende am Workshop:

Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Steffen Beigang, Dr. Elke Grawert, Dr. Sebastian Söllner, Dr. Sabine Bohne, Prof. Dr. Gutiérrez Rodríguez, Prof. Dr. Matthias Knuth, Prof. Dr. Hannes Schammann, Marah Theuerl, Katharina Fourier, Bernadette Hoberg, Henner Kirchner, Elina Stock, Renata Suter, Kristina Mauer, Lisa Ludwig

Organisation: Jana König

Protokoll: Kristina Maurer

Layout: Philipp Sonnack

Zeichnungen: Paula Bulling, Tiziana Beck

Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Forschungsprojekt

Seit dem Beginn des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik 2011 ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise in Politik, Administration, Praxis, Medien und Öffentlichkeit kontinuierlich gestiegen. In diesem Kontext ist die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der geringe Grad an Aufbereitung wissenschaftlicher Herangehensweisen und Einsichten sowie der mangelnde Transfer der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politischen und öffentlichen Debatten. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt drei Ziele:

1. die Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft,
2. die Bündelung der Wissensbestände und
3. den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit.

Hierzu ist eine umfassende Datenbank zu relevanten Forschungsprojekten erstellt und mit einer interaktiven Forschungslandkarte zugänglich gemacht worden. Zudem werden in zehn Themenbereichen, von Fluchtursachen über Gewalterfahrungen und (Im)mobilität bis zur (Re-)integration von Flüchtlingen, der Forschungsstand aufbereitet und Handlungsempfehlungen entwickelt. Workshops und Tagungen mit Wissenschaftlern sowie mit Vertretern aus Politik, Praxis und Medien dienen der Vernetzung und dem Transfer der Forschungsergebnisse. Das Vorhaben führt also das verfügbare Wissen zusammen und bietet weiterführende Perspektiven der Erörterung und Aufklärung des wissenschaftlichen Problems Flucht. Darüber hinaus bereitet es wissenschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse für die politische, mediale und öffentliche Debatte auf.

Laufzeit: 01. Juni 2016 – 31. Mai 2018

Kontakt

Flucht: Forschung und Transfer
J. Olaf Kleist

IMIS / Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
D – 49069 Osnabrück

Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de



www.flucht-forschung-transfer.de



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung